

stefan körzell
Vorsitzender des
DGB-Bezirks Hessen-Thüringen

Bad Hersfeld, 30. Januar 2010

**Mündliche Ergänzung des Geschäftsberichtes
anlässlich der 3. DGB-Bezirkskonferenz
Hessen-Thüringen
am 30.01.2010
in der Stadthalle Bad Hersfeld**

- Es gilt das gesprochene Wort –
- Sperrfrist Beginn der Rede –

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

mit den Konferenzunterlagen habt ihr den schriftlichen Geschäftsbericht des Bezirkes und der beiden Landesverbände erhalten. Darin sind die Arbeitsschwerpunkte im DGB-Bezirk in den letzten vier Jahren zusammengefasst.

Danke sage ich allen, die an der Erstellung dieser Geschäftsberichte mitgewirkt haben.

Es gilt aber auch all denjenigen Dank zu sagen, die uns in den letzten vier Jahren bei unserer Arbeit aktiv unterstützt haben.

- den Gewerkschaften für die Mitarbeit in den Landesvorständen und dem Bezirksvorstand,
- vor allem aber den vielen ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen in den Orts- und Kreisverbänden des DGB Hessen-Thüringen.

Sie sind das Gesicht des DGB vor Ort, sie arbeiten für die Umsetzung unserer gemeinsamen Ideen, wenn es um

- den Mindestlohn,
- soziale Gerechtigkeit,
- Aktionen gegen Neonazis,
- um das Einmischen bei Kommunal,- Landtags,- Bundes,- oder Europawahlen,- oder wie Thüringen um die Volksbegehren für „Mehr Demokratie“, und „Für eine bessere Familienpolitik“ geht.

Die Rücknahme der Studiengebühren in Hessen war nur erfolgreich, weil sich für die Klage vor dem Staatsgerichtshof Hessen ehrenamtliche Kolleginnen und Kollegen tagein, tagaus auf die Straße gestellt und Unterschriften gesammelt haben.

Dafür nochmals herzlichen Dank!

Vielen Dank auch jenen, die den DGB und die Gewerkschaften in den Gremien der Selbstverwaltung und vor den Gerichten vertreten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es war nicht immer leicht, vor allem dann, wenn wir uns mit Veränderungen in unserer eigenen Struktur beschäftigt haben.

Die jetzt gefundene Struktur im Bezirk ist Ergebnis langer und intensiver Diskussionen vor Ort und einer Meinungsbildung in den Landesvorständen.

Die Ergebnisse dieser Diskussionen waren Grundlage für die Beschlüsse des Bezirksvorstands.

Danken möchte ich an dieser Stelle Steffen Lemme für die kollegiale Zusammenarbeit sagen. Auch zukünftig wird der DGB in Thüringen eine starke Präsenz gegenüber der Landesregierung zeigen.

Jetzt muss es darum gehen, gemeinsam diese neuen Strukturen zu gestalten. Daran mitzuwirken, lade ich alle ausdrücklich ein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ausgelöst durch die nicht enden wollende Gier der Banken wurde die größte Finanzkrise der Welt, zwischenzeitlich zu einer großen Wirtschaftskrise.

Um 6 Prozent ist allein das Bruttoinlandsprodukt in Thüringen im vergangenen Jahr zurückgegangen. In Hessen waren es 4 Prozent.

Die Banken wurden gerettet, jetzt fordern wir die Rettung von Arbeitsplätzen. Hier fordern wir das gleiche Engagement der Bundesregierung wie bei der Rettung von HRE und Commerzbank oder wie sie alle heißen!

Nur das kluge Handeln von Betriebsräten und Gewerkschaften und der konsequente Einsatz von Kurzarbeit haben Massenentlassungen verhindert. In unserem Bezirk waren im September des letzten Jahres 155.000 Kolleginnen und Kollegen

in Kurzarbeit, dadurch wurden über 50.000 Arbeitsplätze erhalten.

Das ist gut so, viele andere Länder beneiden uns um dieses Instrument.

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Der DGB hat sehr frühzeitig auf die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft hingewiesen:

- auf die drohende Kreditklemme,
- auf die Auswirkungen für die Beschäftigten in der Leiharbeit,
- auf die in Ausbildung beschäftigten Jugendlichen und auf diejenigen, die einen Ausbildungsplatz suchen.

In Hessen gibt es zwischenzeitlich verschiedene Initiativen und Projekte, die wir als Ergebnis unserer Arbeit bezeichnen können:

- der Krisenflyer, den Landesregierung, Bundesagentur für Arbeit, vhu und DGB gemeinsam heraus gegeben haben,
- das Krisentelefon mit dem Ziel, dass sich Landesregierung, Unternehmerverband und Gewerkschaften auf kurzfristige Maßnahmen verständigen können,
- das Projekt des DGB und des IG Metall-Bezirks Frankfurt, Bildung in Leiharbeit Hessen, gemeinsam mit den beiden Arbeitgeberverbänden der Leiharbeit, BZA und IGZ,
- und nicht zuletzt das Projekt HessenTransfer, um Beschäftigten nach einer möglichen Kündigung in Klein- und Mittelbetrieben die Möglichkeit zur Qualifizierung und Weiterbildung zu geben.

Hier werden wir in wenigen Wochen konkret starten, erste Informationsveranstaltungen gemeinsam von VhU und DGB beginnen in der nächsten Woche.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Gesprächsklima mit den Landesregierungen in beiden Ländern hat sich verändert. In den Staatskanzleien und Ministerien scheint sich die Erkenntnis durchgesetzt zu haben, dass die Gewerkschaften gemeinsam mit ihren Betriebs- und Personalräten die besseren Problemlöser sind.

Betriebs- und Personalräte haben ein größeres Interesse am Erhalt der Betriebe als Geschäftsleitungen, die mit 5-Jahresverträgen ausgestattet sind und oftmals mit hohen Abfindungen ausscheiden.

Betriebs- und Personalräte sind die waren Helden der Krise!

Die größte Veränderung verspüren wir in Thüringen. Die Dialogbereitschaft der schwarz-roten Landesregierung ist groß. Die Gewerkschaften werden nach ihrer Meinung und nach Vorschlägen gefragt.

Ich sage das so bewusst, weil viele von uns eine andere Landesregierung in Thüringen favorisiert haben.

Aber ich sage es nochmals.

Wir formulieren unsere Anforderungen an die Politik, das haben wir intensiv in Thüringen während der Sondierungsphase der Parteien getan.

Mehrere Male haben wir während der Koalitionsverhandlungen unsere Anforderungen an eine an den Menschen orientierte Politik eingebracht.

Wer mit wem koaliert und welche Inhalte ihren Niederschlag in dem Vertrag finden, dafür tragen allein die Parteien Verantwortung – nicht der DGB und seine Gewerkschaften.

Dass in Thüringen „Gute Arbeit“ als Ziel der Landespolitik formuliert wurde, dass ein Tariftreue- und Vergabegesetz auf den Weg gebracht werden soll, dass die Mindestnormen der ILO berücksichtigt soll, dass das Land Thüringen sein Niedriglohnimage ablegen will, wir über Fachkräftesicherung und

eine höhere Tarifbindung in Thüringer Unternehmen sprechen, ist ein Erfolg des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften

Darauf können wir stolz sein.

Jetzt geht es darum, die Umsetzung dieser Vorhaben zu begleiten und in unserem Sinn zu beeinflussen.

In Hessen wie in Thüringen geht es dabei in aller erster Linie um die Verabschiedung eines Tariftreue und Vergabegesetzes.

In Hessen tut sich da bisher nichts, wir erwarten hier von der Landesregierung und den Parteien im Landtag endlich ein europarechtskonformes Gesetz.

Wir brauchen den Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den betreffenden Branchen. Das ist wichtiger als der Schutz von Steuerflüchtlings und Betrügern, Herr Koch!

Die ehrlichen Arbeitgeber vor allem im Handwerk dürfen nicht die Dummen sein.

Matthias Machnig, Thüringer Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie, hat zugesagt, dass bis zum Herbst dieses Jahres ein solches Gesetz in Thüringen in Kraft ist.

Das ist der richtige Weg!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn es jetzt um die Bewältigung der Krise geht, brauchen wir keine Tipps von Analysten, Ratingagenturen oder Wirtschaftsweisen.

Wer unfähig war, 2008 die Finanzkrise vorherzusagen, hat jedes Recht verwirkt, nun Ratschläge zu geben, wie wir die Karre wieder aus dem Dreck ziehen.

Unternehmensmitbestimmung, Kündigungsschutz und Betriebsräte waren bisher die Garanten dafür, dass wir die Krise besser gemeistert haben als andere.

Aber auch nach der Krise müssen wir noch Industriestandort sein. Deshalb brauchen wir eine Industriepolitik, die dies fördert. Ich möchte unserer Volkswirtschaft den Weg ersparen, den England gegangen ist.

Wir wollen keine zweite Deindustrialisierungswelle wie nach der Wende in Ostdeutschland.

Wir brauchen Opel in Eisenach, genauso wie Opel in Rüsselsheim, Bayer-Schering in Weimar, ebenso wie Aventis in Frankfurt, das Druckhaus Südthüringen in Suhl ebenso wie Ferrero in Stadtallendorf.

Und die Nahrungsmittelindustrie mit ihren 19.000 Beschäftigten ist für Thüringen so wichtig wie die Logistikbranche für Hessen.

Deshalb muss jetzt alles für den Erhalt industrieller Betriebe getan werden.

Hilfe jedweder Art: durch Landesbürgschaften, durch stille Beteiligungen der Länder, all diese Maßnahmen müssen ins Auge gefasst werden.

Dazu fordere ich die Landesregierungen auf und biete unsere Gesprächsbereitschaft an.

Wir wollen Probleme lösen, nicht verdrängen!

Dazu gehört für uns auch ein Bekenntnis zu K+S Kali GmbH. Wir wollen, dass auch zukünftig Kali in unseren beiden Bundesländern gefördert wird.

Dazu gehören für mich das Werk Neuhof ebenso wie die Werke an der Werra und hoffentlich auch bald wieder das Werk Roßleben in Nordthüringen.

Wir haben als Gewerkschafter am Runden Tisch Werra-Weser-Kaliproduktion bisher alles dafür getan, dass Ökonomie und Ökologie vereinbar sind.

Der Beschluss des Niedersächsischen Landtags gegen eine Fernleitung in die Nordsee vor zwei Wochen war kontraproduktiv

und blendet die Realität aus, gefährdet die Arbeitsplätze im Revier.

Ich möchte das nur mit einer Zahl deutlich machen: 10 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Landkreis Hersfeld-Rotenburg arbeiten bei K+S. Das macht deutlich, um was es eigentlich geht.

Wir brauchen eine Lösung, bei der die Länder an Werra und Weser mitziehen, konstruktive Lösungen suchen und sich nicht als Verhinderer hinter Landtagsbeschlüssen verstecken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wer sich zum Industriestandort bekennt, ist nicht gegen Dienstleistung. Diese ist für uns als Gewerkschaften genauso wichtig, egal, ob das Finanzdienstleistungen oder soziale Dienstleistungen sind.

Wir brauchen Arbeitsplätze in der Dienstleistung, die ordentlich bezahlt werden. Zu oft geht das heute noch mit Niedriglohn einher.

Soziale Dienstleistungen und Bildung bieten eine große Anzahl von Beschäftigungsmöglichkeiten. Hier braucht es eine solide finanzielle Grundlage und gut ausgebildetes Personal. Hier liegen Wachstumspotentiale in beiden Bundesländern.

2.400 zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher werden allein in Thüringen gebraucht, wenn die Ziele des Volksbegehrens umgesetzt werden sollen.

Wenn sich das Bundesland Hessen bei den sozialen und gesellschaftsorientierten Dienstleistungen - das sind vor allem Dienstleistungen in den Bereichen Gesundheit und Pflege sowie Bildung – an den skandinavischen Ländern orientieren würde, dann könnten wir die Massenarbeitslosigkeit in Hessen fast komplett beseitigen. In den genannten Bereichen liegen enorme Beschäftigungspotenziale, und hier ist die öffentliche Hand gefordert, diese Potenziale zu erschließen!

Aber nicht im Niedriglohn, sondern bei ordentlicher Entlohnung!
Die Grenze nach unten muss dabei ein Mindestlohn sein.
Innovation und Qualität muss der Maßstab für Wettbewerb sein,
keine Dumpinglöhne.

Im Niedriglohnsektor arbeiten vorwiegend Frauen- als
Raumreinerinnen oder Servicekräfte in der Gastronomie.
Aber in jedem fünften Mehrpersonenhaushalt sind inzwischen Frauen die
Hauptverdienerinnen, weil ihre Männer arbeitslos sind oder die Familie
verlassen haben. Das belegt eine aktuelle Studie des Wirtschaftlichen
und Sozialwissenschaftlichen Institutes (WSI) in der Hans-Böckler-
Stiftung.

Fast 40 % dieser Frauen arbeitet im unteren Einkommensbereich.
Das Rollenbild vom Mann als „Ernährer der Familie“ ist also überholt.
Trotzdem verdienen Frauen für gleichwertige Arbeit immer noch 23 %
weniger als ihre Kollegen.

Die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen muss endlich geschlossen
werden!

Dafür setzt sich der DGB ein!

Auch vor dem Hintergrund der Arbeitnehmerfreizügigkeit ab Mai
2011 brauchen wir einen gesetzlichen Mindestlohn.

Im Übrigen: Die FDP ist auch für einen Mindestlohn, nur bei ihr
heißt der anders. Dort nennt man das
Rechtsanwaltsgebührenordnung.

Daran müssen wir die Klientel-Partei einmal erinnern. Warum soll
bei normalen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nicht das
gehen, was bei Rechtsanwälten funktioniert?

Schon heute arbeiten in Thüringen 40 Prozent der
sozialversicherungspflichtig Beschäftigten unterhalb der
Niedriglohnschwelle von 9,19 Euro. In Hessen sind es 19
Prozent.

Wer während der Erwerbstätigkeit kein ordentliches Einkommen
hat, hat auch später in der Rente kein Auskommen.
Der Weg in die Altersarmut ist vorgezeichnet.

Dies ist ein Teufelskreis, den es gilt zu durchbrechen.

Das Risiko der Altersarmut tragen vor allem Frauen. Denn sie erledigen 80 % der Teilzeitjobs und unterbrechen wegen der Kindererziehung immer noch viel zu lange ihre Erwerbsbiografie. Kindererziehung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind aber gesellschaftliche Aufgaben, die der Staat fördern muss.

Ein anderer Punkt ist das Renteneintrittsalter. Zur Würde des Menschen gehört neben dem Mindestlohn, auch ein Renteneintrittsalter, das die Beschäftigten auch erreichen können.

Die Erhöhung des Renteneintrittsalters ist, war und bleibt falsch! Es bleibt eine Kürzungsmaßnahme, die entwürdigend ist. In unserem DGB Bezirk waren im Jahr 2009 fast 50.000 Menschen zwischen 55 und 65 Jahren erwerbslos.

Dieser Anteil steigt stetig!

Das macht deutlich, dass der Überprüfung zur Heraufsetzung des Rentenalters in diesem Jahr zu dem Ergebnis kommen muss, dass die Erhöhung zurückgenommen werden muss.

Dazu werden wir auch Aktionen machen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer waren und sind immer auf einen handlungsfähigen Staat angewiesen.

„ Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten!“

Wir sind angewiesen auf eine funktionierende öffentliche Infrastruktur, einen ÖPNV, Schwimmbäder und Schulen.

Andere, Reiche oder der FDP Generalsekretär, der den Staat zu einem teuren Schwächling erklärt hat, haben Fahrer, Swimmingpools oder schicken ihre Kinder auf Privatschulen.

Was wir seit Jahren erleben und was nunmehr mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz seinen traurigen Höhepunkt erreicht hat, ist eine schleichende Enteignung der öffentlichen Hand.

Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz kostet Thüringen in den nächsten 5 Jahren 330 Millionen Euro, Hessen werden Einnahmen in Höhe von 730 Millionen Euro fehlen.

Geld, das dringend notwendig ist für die öffentliche Daseinsvorsorge und Bildung.

Leitragende sind die Kommunen, die ausgeblutet werden, die Gebühren erhöhen müssen, nur damit Geschäftsreisende in steuersubventionierten Hotels schlafen können.

Dies ist ein Skandal!

Wenn sich jetzt herausstellt, dass der Besitzer der Mövenpick-Hotels dafür 1,1 Millionen Euro an die FDP und 800.000 Euro an die CSU gespendet hat, dann wird es eine Sauerei!

Ich werde den Eindruck nicht los, dass sich Reiche Gesetze kaufen, während wir dafür kämpfen müssen!

Was haben sie nicht schwadroniert, was mit dem gesparten Geld alles gemacht werden soll: Renovierungen, mehr Geld für Personal und für Service.

Alles gelogen! Bei den Tarifverhandlungen für das Hotel- und Gaststättengewerbe in Ostdeutschland gibt es kein Angebot von den Arbeitgebern.

Das Mövenpick-Hotel in Kassel soll Ende 2011 geschlossen werden. 52 Kolleginnen und Kollegen verlieren ihre Arbeit.

Ich fordere die FDP und die CSU auf: Zahlen Sie dieses Geld zurück, damit es besser eingesetzt werden kann. Das Geld wird in Kassel zur Rettung von Arbeitsplätzen gebraucht!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die FDP scheint aber noch mehr Versprechen gemacht zu haben
- ob gegen Geld, das werden erst die Spendenberichte der
Bundestagsverwaltung zeigen:

Um weitere 24,5 Milliarden will sie die Steuerzahler entlasten.

Das entzieht den Kommunen noch mehr Geld, stellt die
kommunale Selbstverwaltung in Frage!

Das Land Hessen will 400.000 Millionen Euro weniger in den
kommunalen Finanzausgleich geben!

Das bedroht unsere Lebensgrundlage und den gesellschaftlichen
Zusammenhalt.

Ich schlage deshalb den Städte- und Gemeindebünden sowie
den Landkreistagen in Hessen und Thüringen ein „Bündnis für
handlungsfähige Kommunen“ vor, das sich gegen die
existenzbedrohende Politik wendet und die Bürgerinnen und
Bürger über die Konsequenzen in ihrem direkten Lebensumfeld
aufklärt.

Ein Bündnis, an dem sich weitere Verbände und Organisationen
beteiligen können – um dieser Politik die Rote Karte zu zeigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wie verachtend die Politik der FDP ist, wird deutlich, wenn man
der Vorsitzenden der FDP Bundestagsfraktion zuhört. Frau
Homburger will das, was sie an Steuerermäßigung gibt, bei der
Bundesagentur für Arbeit und bei der Kinderbetreuung
einsparen.

Das betrifft uns, die Opfer der Krise. Arbeitnehmerinnen und
Arbeitnehmer und Erwerbslose sollen jetzt noch die Täter
finanzieren.

Nein, so nicht. Dagegen werden wir entschiedenen Widerstand
leisten!

Wir wollen, dass endlich einmal über die Einnahmeseite gesprochen wird.

Wir treten ein für eine Vermögensteuer und eine Erbschaftsteuer, die diesen Namen auch verdient.

Wir wollen eine Finanztransaktionssteuer, damit die Kosten der Krise nicht allein von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu zahlen sind.

Und die Banken müssen zur Verantwortung gezogen werden, sie müssen die Steuergelder, die sie zur Rettung bekommen haben, verzinst zurück zahlen, damit die Folgen der Krise bezahlt werden können:

- die Kosten der Kurzarbeit,
- die fehlenden Einnahmen in den Sozialversicherungen, - Kosten für eine Arbeitszeitverkürzung, die Menschen in Arbeit hält, anstatt sie in die Arbeitslosigkeit entlässt,
- und für ein Überbrückungsgeld, das im Anschluss an den Bezug des Arbeitslosengeld I für ein Jahr gezahlt wird, damit die Krisenopfer nicht sofort in Hartz IV fallen.

Hier ist Politik gefragt, Vorschläge zu machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Vorschläge, die der Hessische Ministerpräsident dagegen macht, sind beschämend und verachtend.

Er erklärt die Opfer der Krise zu Schmarotzern, zu Faulenzern, die sich auf Kosten anderer zuhause ausruhen.

Die entlassenen Kolleginnen und Kollegen bei Knaus-Tabbert in Sinntal, bei LOMO in Bad Hersfeld und Eisenach, im Kabelwerk Vacha, bei EDS in Rüsselsheim wollen arbeiten und kein Arbeitslosengeld I und erst recht kein Arbeitslosengeld II.

Sie sind unverschuldet arbeitslos geworden. Sie baden die Folgen der Krise aus.

Was fehlt sind Arbeitsplätze, nicht Menschen, die arbeiten wollen!

Herr Koch: Die Caritas hat vor Jahren eine Kampagne initiiert, die Vorurteile gegenüber Arbeitslosen thematisierte.

Über einen zentralen Satz dieser Kampagne sollten Sie einmal nachdenken. Dieser lautet:

„Wenn es allen Arbeitslosen viel zu gut geht, warum wollen dann nicht alle arbeitslos sein?“

Ministerpräsident Koch hat an entscheidender Stelle bei der Hartz IV-Gesetzgebung mitgewirkt, er ist mit verantwortlich für den Mist, der jetzt in Gesetzesform gegossen ist!

Er wollte die Hinzuverdienstmöglichkeiten noch schärfer gestalten. 2005 forderte die damalige Sozialministerin Lautenschläger die Einführung des Unterhaltsrückgriffs, was nichts anderes bedeutet, als dass zunächst die Familie einspringen soll, bevor es Hartz IV-Leistungen gibt.

Jetzt will der Ministerpräsident die Arbeitspflicht einführen, will einen großen subventionierten Arbeitsmarkt schaffen, den Kombilohn!

Dieses ist unwürdig, oder, um es mit den Worten der bayrischen Sozialministerin Christine Haderthauer von der CSU zu sagen, der Vorstoß ist „unanständig“.

Für 97,4 Prozent der Arbeitssuchenden sind Sanktionen kein Thema. Die heutigen Sanktionen sind ausreichend. Was nicht ausreicht ist das Angebot an Arbeitsplätzen. Hier sind die Arbeitgeber und die Öffentliche Hand gefragt.

In Dänemark, das von Koch als Beispiel immer genannt wird arbeiten 33 Prozent der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, in Deutschland ist dieser Wert noch nicht mal halb so hoch.

Die Arbeitgeber erhalten zurzeit 4 Milliarden Euro Lohnkostenzuschüsse. Das brauchen wir stattdessen für einen

öffentlich geförderten Arbeitsmarkt, für Existenz- und gesellschaftssichernde Arbeitsplätze.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Bundesverfassungsgericht wird in wenigen Wochen darüber urteilen, wo die großen Mängel in dem Gesetz sind, ein Gesetz, das Ausgrenzung und Diskriminierung fördert, Erwachsene und Kinder vom gesellschaftlichen Leben ausschließt.

Wir brauchen aber schon heute eine grundsätzliche Debatte um eine Revision der Hartz-Gesetzgebung.

Die Leiharbeit muss reguliert werden. Dort brauchen wir:

- gleichen Lohn für gleiche Arbeit
- ein Synchronisationsverbot, das Heuern und Feuern unterbindet,
- ein Verbot von Outsourcing von Beschäftigten und den Verleih zurück ins Unternehmen, so wie bei Schlecker oder den Universitätskliniken in Frankfurt,
- sowie eine Begrenzung des Anteils der Beschäftigten Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter in einem Unternehmen.
- und wir brauchen höhere Regelsätze beim Arbeitslosengeld II!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

2010 wird ein schwieriges Jahr für junge Menschen. Zum einen werden diejenigen, die ihre Prüfung ablegen, Probleme mit der Übernahme haben, und zum anderen werden die Unternehmen sich mit der Einstellung junger Menschen zurückhalten.

Dabei braucht gerade Thüringen gut ausgebildete Facharbeiterinnen und Facharbeiter. Schon 2013 werden in

Thüringen mehr Menschen in Rente gehen als 21-jährige in das Berufsleben streben.

Auch in Hessen klagen die Unternehmer schon heute über zu wenig qualifizierten Nachwuchs.

Dabei ist klar: Die in diesem Jahr nicht übernommenen Auszubildende sind die fehlenden Facharbeiterinnen und Facharbeiter von morgen.

Die nicht zur Ausbildung eingestellten Jugendlichen sind die fehlenden Facharbeiterinnen und Facharbeiter von übermorgen.

Wir halten daran fest: Wir wollen „Ausbildung für alle“. Schwächere Jugendliche müssen nach der Schule und während der Ausbildung die Möglichkeit bekommen, ihre Defizite zu beheben.

Wir fordern Branchenfonds, in denen geregelt wird, wer in welchem Umfang ausbildet wird, und wie Betriebe die nicht ausbilden, andere bei den Kosten für die Ausbildung entlasten können.

Der Ausbildungspakt hat dazu in der Vergangenheit nichts geleistet und wird es in Zukunft nicht leisten. Wir wollen überprüfbare Zahlen und keine Selbstverpflichtungen. Unsere Vorschläge zur Schaffung von Branchenfonds liegen auf dem Tisch.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

dabei stehen wir als Gewerkschaften für ein Bildungssystem, dass allen die gleichen Möglichkeiten schafft und nicht schon in der Grundschule aussortiert.

Das Elternhaus der Kinder darf nicht darüber entscheiden, welchen Abschluss später einmal die jungen Menschen machen.

Ein solches System leistet sich nur noch die Bundesrepublik.

Darum haben wir so engagiert gegen die Studiengebühren in Hessen gekämpft. Für uns müssen auch Kinder aus

Arbeitnehmerhaushalten die Möglichkeit haben, eine Universität zu besuchen.

Gewerkschaften stehen für Emanzipation durch Bildung. Das heißt wir brauchen durchlässige Systeme. Von der frühkindlichen Bildung bis zur Fort- und Weiterbildung.

Wir wollen, dass mit einem Berufsabschluss ein Studium begonnen werden kann. Das Abschotten der Bildungssysteme muss der Vergangenheit angehören.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

2010 haben wir eine Vielzahl von Tarifverhandlungen.

Jetzt geht es zunächst um die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst. Fünf Prozent fordert ver.di für die Beschäftigten.

Der DGB und seine Gewerkschaften stehen dabei solidarisch an ihrer Seite.

Die Arbeitgeber warnen ja schon jetzt wieder vor den Belastungen, die die Tarifforderung für die öffentlichen Haushalte haben.

Dieses Jammern wäre an anderer Stelle angebracht gewesen, nämlich bei der Steuerentlastung zu Beginn dieses Jahres.

Keinem Beschäftigten im öffentlichen Dienst kann vermittelt werden, warum Steuererleichterungen finanzierbar sind, Lohnerhöhungen jedoch nicht.

Mit höheren Einkommen steigern wir den Konsum, die Binnennachfrage. Daran mangelt es, deshalb ist die Forderung richtig.

Danach stehen die Verhandlungen in der chemischen Industrie an. Es folgt die Metall- und Elektroindustrie und weitere Branchen.

Bei den Verhandlungen in der Industrie wird zunächst der Erhalt der Arbeitsplätze im Vordergrund stehen. Nullrunden wird es aber auch hier nicht geben. Dies muss den Arbeitgebern klar sein.

Die Tarifautonomie hat immer dafür Sorge getragen, dass branchenspezifische Lösungen gefunden werden. Ich bin fest davon überzeugt, das wird auch 2010 der Fall sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

2010 wird aber auch das Jahr sein, indem die Weichen über die zukünftige Finanzierung des Gesundheitswesens gestellt werden.

Klar ist:

Die Einführung einer Kopfpauschale, so wie es Gesundheitsminister Rößler will, lehnen wir ab.

Josef Ackermann soll einen höheren Beitrag zahlen wie eine Angestellte im Einzelhandel oder der Gastronomie.

Wir wollen einen solidarisch finanzierten Sozialstaat!

Die Einführung einer Kopfpauschale würde das Hartz IV-System auf die Krankenversicherung übertragen. Dann würde es auch dort Bedürftigkeitsprüfungen geben. Dies stößt auf unseren entschiedenen Widerstand.

Darum setzen wir uns für eine Bürgerversicherung ein, in die Alle einzahlen und an der die Arbeitgeber zur Hälfte beteiligt sind.

Nur so gelingt es uns, soziale Gerechtigkeit im System zu verankern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich komme zum Schluss.

Heute vor 77 Jahren, am 30 Januar 1933, erfolgte die Machtübergabe an Adolf Hitler. Dem folgte das Verbot der Gewerkschaften, die Verfolgung und Ermordung der Juden Europas, der Zweite Weltkrieg.

Am 27. Januar 1945 erreichten sowjetische Truppen das Konzentrationslager Auschwitz und befreiten es. Über eine Million Juden wurden dort ermordet.

Wir haben gestern an der Stadtmauer in Bad Hersfeld einen Kranz niedergelegt, um der Opfer des Faschismus zu gedenken.

Dabei denken wir auch an Michael Schnabrich, der am 9. Oktober 1939 im Konzentrationslager Sachsenhausen an den Folgen seiner Misshandlungen durch den Aufseher Karl Schubert starb.

Michael Schnabrich war Schuhmacher, wurde 1906 hauptamtlicher Sekretär der Schuhmachergewerkschaft in Wermelskirchen. 1911 wurde er Kandidat für die SPD im hiesigen Wahlkreis. Er kandidierte gegen den Antisemiten Ludwig Werner.

Schnabrich wurde 1913 bis 1919 Parteisekretär der SPD in Hanau.

1919 kam er nach Bad Hersfeld zurück und wurde erster Sekretär des ADGB, wurde Stadtverordneter, Kreistagsabgeordneter. 1924 zog er dann in den Reichstag ein, dem er bis 1933 angehörte.

Nach der Machübergabe kam er zunächst in sogenannte Schutzhaft, danach zog er sich ins Privatleben zurück.

Am 1. September 1939 wurde er verhaftet, nach Sachsenhausen deportiert und starb dort.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Michael Schnabrich ist ein gutes Beispiel für Courage und soziales Engagement. Er hat sich nicht von seinem Weg abbringen lassen.

Seine Geschichte ist mit ein Grund dafür, das wir uns gegen Neonazis wehren, in Frankfurt, in Friedberg, in Erfurt, Gera, egal wo sie auftreten.

Wir haben aus der Geschichte gelernt. Die NPD, Freie Kameradschaften - und wie sie auch immer heißen - nicht.

Sie verkörpern nach wie vor die hässliche Fratze des Faschismus.

Morden, prügeln und pöbeln. So wie es unser Kollegen von der IG BAU am 13. Februar 2009 auf der Rückfahrt von der Demonstration gegen die Nazis in Dresden an der Raststätte Teufelstal erlebt hat.

Deshalb sind wir für ein Verbot der NPD und aller neofaschistischen Gruppen.

Ich bleibe dabei: Meiner Meinung nach ist die NPD eine terroristische Vereinigung, die verboten werden muss und die keine Straßen und Plätze zum Marschieren bekommen darf.

Wir fordern die Kommunen auf, Demonstrationen der Rechten zu verbieten. Und die Gerichte fordern wir auf, diese Verbote nicht zu kassieren!

Wir wollen nicht, dass unsere Kolleginnen und Kollegen von der Polizei zum Schutz von Nazis den Kopf hinhalten müssen.

Wir wollen, dass dieser Spuk ein Ende hat. Deshalb unterstützen wir auch den Thüringer Innenminister Huber, wenn er ein Verbot der NPD fordert.

Faschismus ist keine Meinung – sondern ein Verbrechen!

Dagegen möchte ich auch in Zukunft mit euch kämpfen.

Ich bedanke mich bei euch für eure Aufmerksamkeit!

Glückauf